

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dreßdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiger.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 2 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Tlhr. (fl. 1. 45. Sdb., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreigesaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“, am 15. October l. J.

(Mit einiger Ausfeilung nach stenograph. Aufzeichnung.)
(Fortsetzung.)

So viel ist klar, m. H., daß diese Associationen, als auf einem von der jetzigen Productionsgrundlage wesentlich verschiedenen Princip beruhend, geeignet und bestimmt sind, in die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse gewissermaßen Bresche zu schlagen, so zu sagen, als ein Keil in dieselben eingetrieben zu werden.

Dieser Zweck muß durch entsprechende Anordnung gefördert werden.

Demzufolge wäre dafür Sorge zu tragen, einmal, daß die Productiv-Associationen mit Staatscredit gerade in solchen Gewerbezweigen begründet würden, welche auf einen größeren Kreis anderer Gewerbezweige von bestimmendem Einfluß wären;

so wie auch ferner, daß man sie über alle Theile des Landes verbreitete, insbesondere aber in die großen, Ausschlag gebenden Industriegebiete hineinwüfse.

Denn, m. H., nur dann, wenn in Gemäßheit vorzugsweise dieser, in zweiter Linie auch anderer, ähnlicher Gesichtspunkte vorgegangen würde — nur dann wäre es möglich, die geschlossene Bresche gehörig auszuweiten, den eingetriebenen Keil bis ins Centrum zu drängen.

Es würde sich nun hieran die Frage knüpfen: welches denn die von jenen Associationen ausgehenden Wirkungen, die eine Untergrabung und Umwandlung der jetzigen Produktionsweise herbeiführen müßten, sein würden?

Allein, m. H., bevor wir diese Frage beantworten, lassen Sie uns da wieder anknüpfen, wo wir zuvor unsern Gedankengang unterbrachen — an der Untersuchung nämlich,

einmal, wieso man dazu berechtigt sei, vom Staate Gelder zu solchem Zwecke zu verlangen; und ferner, woher der Staat die erforderlichen Gelder nehmen sollte.

Was die erste Frage betrifft — die Frage nach der Berechtigung — so erinnere ich Sie an das früher Nachgewiesene, wonach aller Tauschwerth, d. h. aller gesellschaftliche Werth*) nur durch die Arbeit entsteht, woraus wir folgerten, daß wer das Recht der Arbeit verwirklichen wolle, nur bestrebt sei, das Recht desjenigen Elementes zu verwirklichen, welches die bleibende Grundlage der

*) Allerdings würde dieser gesellschaftliche Werth in der neuen Gesellschaft in erster Linie nicht mehr als Tauschwerth erscheinen — allein es kommt eben nicht auf diese seine dormalige Erscheinungsform an, sondern auf seine Grundeigenschaft als gesellschaftlicher Werth.

volkswirtschaftlichen Gesellschaft und dadurch der menschlichen Gesellschaft überhaupt ist. Diesem obersten Rechte gegenüber aber erscheint alles bestehende Recht dergestalt als bloßes Schein- und Formrecht, daß es froh sein muß, wenn es von jenem überhaupt nicht mit einem Schläge zu Trümmern zertrümmert, sondern nur in allmählicher Wirksamkeit verdrängt wird. Sollte irgend Jemand in den Sinn dieser Ausführung nicht genügend eingedrungen sein, so möge er sich die Sache also vorstellen: der Staat hat jetzt das Recht, zu Gunsten von Einrichtungen, die er für im allgemeinen Interesse liegend erachtet, z. B. für die Herstellung und Erhaltung der Rechtspflege, der Verkehrswege u. s. f. Steuern zu erheben; d. h. er legt seine Hand, so weit er es für nöthig erachtet, auf die Gesamtheit der in seinem Bereiche vorfindlichen Werthgegenstände und werthherzeugenden Kräfte. Sobald wir nun nachgewiesen haben — und wir glauben, daß dies von uns geleistet ist — daß die Herstellung der gedachten Productiv-Associationen einem im Interesse aller Arbeitenden d. h. der ungeheuren Mehrzahl im Staate liegenden Zweck zu fördern und einen großen Culturfortschritt herbeizuführen, geeignet ist, so hat der Staat, die hierzu erforderlichen Gelder anzubringen, mindestens dasselbe Recht, wie zur Steuererhebung oder Anleiheaufnahme zu sonstigen Zwecken. (Beifall.)

M. H.! Nachdem wir bis hierher festgestellt, daß der Staat das Recht hat, die für Herstellung der gedachten Associationen nöthigen Gelder zur Verwendung zu bringen, fragen wir weiter, woher er dieselbe nehmen solle.

M. H.! Man kann diese Frage verschieden beantworten; es giebt mehr oder minder drückende Arten, wie der Staat seine Geldmacht in Bewegung setzen kann; er kann theilweise die directe Besteuerung in zweckentsprechender Art zur Anwendung bringen, er kann Papiergeld ausgeben, er kann Zinsgarantien übernehmen u. s. w. Allein, m. H., welchen der möglichen Wege man in dieser Beziehung einschlägt, wäre in der Hauptsache nicht von Belang. Denn was das Widersprechen der Bourgeoisie in diesem Betreff verursacht, ist, nächst der Erkenntniß, daß es sich um Anbahnung eines gänzlich neuen, alle Bevorzugungen ausschließenden Zustandes handelt, das Bewußtsein, daß man die erforderlichen Kapitalien von Staats wegen nur dadurch aufzubringen vermöchte, daß man deren Wirksamkeit den Besitzenden entzöge. Man verstehe dies ja nicht falsch! Es ist durchaus nicht nöthig, daß man den Besitzenden dies oder jenes direct hinwegnimmt, aber das ist nicht zu leugnen, und ich erkläre es ausdrücklich selbst, damit nicht zeitverzettelte Streitigkeiten in dieser Beziehung entstehen: daß, man mag sich anstellen wie man will, die erforderlichen Kapitalien nicht flüssig gemacht werden können, ohne daß den Besitzenden auf irgend einem Punkte und in irgend einer Weise der entsprechende Ausfall

ermüßte.*) Bei manchen der erwähnten Mittel, durch welche der Staat die Errichtung von Productiv-Associationen ermöglichen könnte, liegt allerdings ein äußerer Schein vor, als verlöre die besitzende Klasse nichts dabei; aber es ist eben auch nur ein Schein, und jeder, welcher die gesellschaftlichen Zusammenhänge einigermaßen in ihre Tiefen und Verzweigungen zu verfolgen vermag, muß erkennen, daß der besitzenden Klasse irgend wo und irgend wie der entsprechende Schaden erwachsen müßte. Aber das ist sehr gleichgültig; denn diejenige Klasse, welche von jeher ihre Reichthümer auf Kosten der Arbeit gesteigert hat, muß froh sein, wenn sie vorerst so billigen Kaufes durchkommt, wenn sie zum Zweck der Verwirklichung des ewigen und unverjährbaren Rechtes der Arbeit vorerst nur eine geringe, im Vergleiche zu ihrer Bevorzugung kaum nennenswerthe Einbuße erleidet. Ja, m. H., wie wenig es hiermit auf sich hat, erzieht sich aus der einfachen Erwägung, daß ja der Umstand, daß sie eine Einbuße erleidet, lediglich darauf beruht, daß sie unter den jetzigen Einrichtungen alle überhaupt möglichen Vortheile genießt, wonach freilich der Umstand, daß nunmehr durch vorhandenes Kapital einer andern Klasse ein Vortheil bereitet werden soll, ihr gegenüber als eine drohende Einbuße erscheinen muß.

Also, wie gesagt, m. H., halten wir uns vorerst nicht mit der Frage auf: wie der Staat es machen soll, sondern stellen wir nur fest: daß er es machen kann. Der Staat, m. H., kann jeden Augenblick, wenn er guten Willen hat und Ernst macht, über die erforderliche Summe verfügen. Diese Gewißheit genügt für die Hauptsache, und auf die aufgeworfene Frage: Woher soll der Staat das nöthige Geld nehmen? ertheilen wir somit kurz und einfach die Antwort: Daher, woher er überhaupt seine Gelder nimmt.

Wie viel nun, m. H., wäre erforderlich, um die gedachten Associationen in dem früher bezeichneten Sinne, — als Bahnbrecher der neuen Zeit — herzustellen? Was wäre das mindeste hierzu Erforderliche? (Fortsetzung folgt.)

*) Selbst der Umstand, daß ein großer Theil der Steuern von den Unbemittelten gezahlt wird, steht obiger Ausführung nur scheinbar entgegen. Denn derselbe wird gezahlt zu Gunsten der Aufrechterhaltung des die kapitalbesitzende Klasse bevorzugenden Gesellschaftszustandes. Selbst also wenn man annehmen wollte, die Productiv-Associationen sollten von einem Staate hergestellt werden, in welchem sich der mit den indirecten Steuern getriebene Unzug erhalten hätte, so würde sich immer noch der Vortheil ergeben, daß die Steuern der Unbemittelten, soweit sie hier als theilweise Grundlage des Staatscredits in seiner concreten Gestalt in Betracht kämen, nunmehr, vom gedachten Gebiete aus, zu Gunsten des Volkes selbst, nicht mehr zu Gunsten der kapitalbesitzenden Klasse im gesellschaftlichen Zusammenhange zur Mitwirkung kämen. Uebrigens bedarf es keiner Ausführung, daß der erwähnte Mißstand ausbessern muß; wonach sich die Sache zweckentsprechender gestalten würde.

Berlin, 2. November.

Eine Streitfrage von hohem Interesse innerhalb der konservativen Partei Preußens ist, nachdem sie im Innern derselben schon lange gespielt, jetzt zur öffentlichen Behandlung gelangt.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß wir seinerzeit Bruchstücke aus der letzten „Rundschau“ der „Kreuzzeitung“ mittheilten, und daß darin unter Anderem eine Beschwerde des Rundschauers über das „Geliebängel“ eines Theiles der konservativen Partei mit den Arbeitern enthalten war. Diese Beschwerde des Rundschauers richtete sich, nebst einigen andern Stichen, in erster Linie gegen den Justizrath Wagener, die Seele der konservativen Partei, und so hat denn derselbe, nach einem langen Schweigen, welches durch Abwesenheit wegen Gesundheitsrücksichten erklärt wird, suaviter in modo, fortiter in re, in feiner Form zwar, aber sehr entschieden, die Angriffe des Rundschauers zurückgewiesen und demselben gewissermaßen ein Programm der neu konservativen Richtung in Preußen entgegengehalten.

Wir geben nachstehend den zweiten (größeren und wesentlicheren) Theil des merkwürdigen Schriftstückes aus der heutigen „Kreuztg.“ wieder:

Ich will hierbei kein besonderes Gewicht darauf legen, daß unter „Regieren“ überhaupt etwas Höheres zu verstehen ist, als das bloße, wenn auch noch so energische Fortarbeiten der bureaukratischen Machinerye. „Regieren“ heißt eben nicht mehr und nicht weniger, als die politischen und socialen Bedürfnisse und Aufgaben der Gegenwart mit den Mitteln der Gegenwart realisiren und betriebligen, und es wäre eine traurige Regierungskunst, die sich den dringendsten Bedürfnissen gegenüber principiell insoweit erklären müßte. Hierüber wird schließlich keine wirkliche Differenz unter uns obwalten.

Sind wir aber hierüber einig, dann ergibt sich von selbst, daß eine Regierungskunst, welche diesen Namen verdienen will, unserem Verfassungs-Conflict gegenüber eine principiell nachhaltige Lösung suchen und finden muß.

Nicht, daß ich meinerseits den Werth und die Wirkung einer energischen consequenten Verwaltung in dem rechten Sinne unterschätze; niemals aber wird die „Verwaltung“ im Stande sein, die principiell Lösung zu erlegen oder überflüssig zu machen.

Preußen kann — wie der Herr Verfasser der Rundschau mit Recht ausführt — „nicht auf Eines Staatsmannes, auch nicht auf Eines seiner Könige persönlichen Eigenschaften fest und aufrecht stehen. Dazu ist es zu groß und seine Gliederung zu mannichfaltig. Preußen bedarf einer breiteren Grundlage, und diese breite Grundlage muß dem Könige die selbstbewußte, organisirte, thatkräftige und thatkräftige Treue und Hülfe aller derjenigen seiner Unterthanen gewähren, die ihm, als dem irdischen Vorgesetzten, und ihrem himmlischen Könige von Herzen anhängen.“

Was sich hieraus aber ergibt, das ist Zweierlei. Zuerst, daß es ein verhängnißvoller Fehler sein würde, dem gegenwärtigen Conflict gegenüber mit Eines Staatsmannes persönlichen Eigenschaften zu rechnen. Conflict, wie derjenige, mit welchem wir es zu thun haben, wird durch keinen nicht ungelöst vererbt, die müssen von denjenigen, welche an ihrer Wiege gestanden, auch ausge tragen werden.

Sodann aber resultirt daraus die durch Nichts abzuweisende Frage, auf welchem Wege und durch welche Mittel eben die von dem Herrn Rundschauer in Anspruch genommene „breitere Grundlage“ zu gewinnen, zu schaffen und zu organisiren ist.

Mit Befriedigung darf ich auch hier die eigenen Ausführungen des Herrn Rundschauers citiren, wenn er sagt: „Die todte Masse ist kein Element des Lebens und der Macht, sie ist vielmehr ein Element der Schwäche. Lebendige Macht-Elemente haben wir aufzusuchen, wenn wir der Macht der Regierung innerhalb der Landesverwaltung und im Lande und bewußt werden wollen.“

Diese „breite Grundlage“, diese „lebendigen Macht-Elemente“ und deren Organisation sind es, welche ich bisher unter dem Rubrum der „Arbeiterfrage“ behandelt habe.

„Arbeiterfrage“, — ich weiß wohl, daß dieser Ausdruck kein correcter ist; ich weiß auch, daß die Bezeichnungen „dritter und vierter Stand“ ebenfalls incorrecte sind. Ich weiß aber nicht minder, daß das bloße trübe Bemängeln dieser Ausdrücke der gegenwärtigen Bewegung gegenüber eben so wenig bedeutet, als wie es die Wirkung der bekannten Broschüre des Abbe Sieyes über den „tiers état“ neutralisirt, oder gar die Revolution verhindert haben würde, wenn man ihm den Nach-

weis geführt hätte, daß „tiers état“ ein incorrecter Ausdruck sei.“ Die Ausdrücke, deren man sich zur Zeit wie einer gangbaren Münze bedient, sind eben um deswillen und so lange „incorrect“, als die Sache selbst noch im Fluß und der Begriff noch nicht abgeklärt ist. Die richtige Formulirung würde zugleich die Lösung sein.

Um deswillen befinde ich mich auch in der Lage, alles das aufrecht erhalten zu können und zu müssen, was ich bis dahin über die „Arbeiterfrage“ gesagt, und ich kann nur bedauern, daß der Herr Rundschauer auf die Sache selbst nicht näher eingegangen ist.

Nicht ohne Ueberraschung habe ich dabei an den betreffenden Ausführungen entnommen, daß der Herr Rundschauer die Möglichkeit statuirte, auf dem fraglichen Gebiete eber mit dem Herrn Schulze-Dehtsch, — ob schon er seine Bestrebungen nicht näher kennt! — als mit der „conservativen Fraction“ Hand in Hand gehen zu können.

Ist es in der That denkbar, daß ein Mann, der — wie der Herr Rundschauer ausführt — auf dem kirchlichen wie auf dem politischen Gebiete die grundstützendsten, verwerflichsten und verderblichsten Principien bekennt und vertritt, daß eben dieser Mann auf dem socialen Gebiete gesunde Grundsätze vertreten und heilsame Tendenzen verfolgen kann? „Kann auch ein sauler Baum gute Früchte bringen?“

Ich meinerseits wenigstens glaube dem Herrn Schulze-Dehtsch die Anerkennung schuldig zu sein, daß seine Persönlichkeit und Action aus einem Guffe sind und daß seine socialen Bestrebungen mit seinen sonstigen im vollkommenen Einklange stehen.

Wenn aber der Herr Rundschauer sich außerdem noch an den Herrn Professor Huber beufen hat, so dürfte er aus dessen neuestem Votum über „Arbeiter-Coalitionen“ die Ueberzeugung gewinnen, daß diese Berufung keine zutreffende war.

Vielleicht, daß wir uns leichter verständigen, wenn ich das Problem anders formulire, wenn ich die Frage aufwerfe: Was hat die Regierung, was haben wir zu thun, damit die Masse des Volkes aufhöre, eine todte zu sein, damit es gelinge, lebendige Macht-Elemente zu organisiren und mit sich zu verbinden?

Denn wird man auch die Majorität nicht dadurch gewinnen, daß man nach Majoritäten hascht, so dürfte man sie doch auch schwerlich dadurch allein erzielen, daß man die Majorität geringschätzt. Die richtige Action der Regierung scheint mir wenigstens darin begriffen zu sein, daß sie das Erlangen der Majorität nicht als Zweck, sondern als notwendiges Resultat ihrer Action betrachtet, — oder mit andern Worten, daß sie die lebendigen Macht-Elemente so für sich zu gewinnen und mit sich zu verbinden und das Recht der Gegenwart in der Form zu realisiren weiß, daß ihr die Majoritäten von selbst zufallen.

Um deswillen ist die sogenannte „Arbeiterfrage“ eine Perichlasis-Frage im eminentesten Sinne; sie ist aber nicht dies allein, sie ist gleichzeitig die Organisations-Frage, deren richtige Lösung darüber entscheiden muß, ob es gelingen wird, die jetzige, lebendig aus der Negation geborene, compacte Opposition zu brengen und dem Zerlegungs-Prozesse der Staaten Halt zu gebieten.

Denn nicht allein, daß von einem dritten und vierten Stand im rechten Sinne nicht gesprochen werden kann: es giebt heute überhaupt thatsächlich keine Stände mehr und es handelt sich vielmehr darum, etwas Entsprechendes neu zu gestalten.

Die Signatur der Zeit ist eben die Auflösung und Zerlegung aller überkommenen Institutionen und Organismen, darunter auch diejenigen, welche bis dahin den Gemeinbetrieb und die Stellung der darin beschäftigten Arbeiter geordnet und geschützt, und die „Arbeiterfrage“ ist eben die Aufgabe, an Stelle dessen, was verloren gegangen und nicht mehr zu halten ist, anderweitige zeitgemäße Institutionen und Organismen zu begründen und zu gestalten und damit dem Fortschritte der Zerlegung einen Damm entgegenzusetzen.

Es ist dies der Grund, warum ich die „Arbeiterfrage“ und deren Lösung bezeichnet habe und auch heute wiederum bezeichne als entscheidend für die Zukunft der Staaten und das Schicksal der Civilisation.

In und mit dieser Frage wird es nämlich entschieden werden, ob Einsicht und Kraft genug vorhanden sind, die Staaten und Völker von unten heraus neu zusammen zu fassen und zu organisiren, — eine Entscheidung, in welcher gleichzeitig die fernere enthalten ist, ob fortan die eisernen Klammern des Cäsarismus oder ob lebendige Organe und Gelenke die Bindeglieder der Völker sein werden.

Ja, was noch mehr ist, derselbe Grundgedanke beherrscht eben sowohl die äußere wie die innere Politik.

*) Dies haben auch wir, wie sich unsere Leser erinnern werden, ausgeführt. Der Ausdruck „Arbeiterstand“ ist nicht genau; aber der Hinweis auf diese Ungenauigkeit beweist nichts in der Sache selbst. (D. Red.)

Es genügt nicht, die Vorträge der Preussischen Verfassung darin beschloffen zu halten, daß sie an sich durchaus mangelhaft und unzureichend, „durchlöchert, saul und brüchig“ sei; es genügt noch weniger, die Schleswig-Holsteinische oder, was dasselbe ist, die Deutsche Frage dadurch erledigen zu wollen, daß man sich gegen alle Annexionsgelüste und doch für Annectirung erklärt.

Auch die auswärtige Politik Preußens ist dabei oder muß wenigstens sein eine Evolutions-Politik im eminenten Sinne. Wäre sie dies nicht, dann wäre sie schon heute eine revolutionäre.

So wie ich die Aufgaben der auswärtigen Politik Preußens begreife, muß dieselbe von der Thatsache und Erkenntniß ausgehen, daß durch die Veränderung der Welt- und Verkehrs-Verhältnisse sowohl im eigentlich politisch-diplomatischen als auch im socialen Sinne frühere Befahlungen und Beziehungen, auch auf Vertrag beruhende, undaltbare und unmöglich geworden sind, und daß nur der Staatsmann wahrhaft konservativ handelt, der seine Zeit versteht, der die Dinge beim rechten Namen nennt und nicht das, was noch der Erhaltung werth und fähig ist, dadurch unheilbar compromittirt, daß er es mit den zur Caricatur gewordenen Gestaltungen einer früheren Epoche verquid.

Die „Deutsche Kleinstaaterei“ mit ihren Ansprüchen und Reminiscenzen ist für Niemanden gefährlicher und bedenklicher, als für die Souveräne der Kleinstaat selbst, und die Entwicklung Deutschlands wird unzweifelhaft auf die eine oder die andere Weise über die Köpfe derer hinweggehen, welche sich in der Illusion gefallen, bewaffnet mit dem rostigen Schwerte eines mißverstandenen Begriffes, die Banbefung der Welt Verhältnisse ungestraft ignoriren zu können.

Gewiß wäre es ein revolutionäres Beginnen, von den „Souveränitäts-Rechten“ und Pflichten der kleineren Staaten mehrere oder andere in Anspruch zu nehmen, als welche dieselben absolut unfähig sind selbst auszuüben und bez. zu erfüllen. Nicht minder aber würde es revolutionär sein, unzweifelhafte und unabweißeliche Regierungs-Pflichten und Rechte deshalb ruhen zu lassen, weil die vermeintlichen Inhaber dieselben so wenig selbst ausüben und erfüllen können, als durch Andere ausüben lassen wollen.

Wenn irgend Etwas, so hat das Jahr 1848 den Beweis geliefert, daß das Deutsche Fürstenthum mit dem Preussischen Königthum steht und fällt, — und wenn nichts desto weniger dieser und jener mehr eise als scharfsichtige Deutsche Staatsmann gegen das Preussische Königthum und dessen Kräftigung Sturm zu laufen versucht, so zerlegt er eben den Zweig, auf welchem er bis dahin seine Seitwärts-Kunststücke gemacht.

Was speciell die Schleswig-Holsteinische Frage anlangt, so hat Preußen die Stellung, welche es inne hat, durch einen siegreichen Krieg und einen regelrechten Frieden erworben und also kann bisher von Annectirung nicht die Rede sein. Wie sich das Verhältniß weiter entwickeln wird? Für die Beantwortung dieser Frage sind so viele Momente maßgebend, daß es eine müßige Conjectural-Politik sein würde, darüber schon heute etwas Bestimmtes voraus verkündigen zu wollen.

Was indeß unantastbar feststehen muß, das ist das Eine, daß Preußen niemals die Hand dazu bieten darf, das Preussische Adler aus dem Herzogthümern durch einen Papagei von Gotha verdrängen oder seine und Deutschlands Weltstellung an der Ost- und Nordsee dadurch gefährden zu lassen, daß es die Betretung jener für die Zukunft entscheidenden Interessen in Hände gerathen läßt, welche schon heute nicht leiten, sondern geleitet werden, und die nichts weiter einzusetzen haben, als das eintönige Phrasen-Gesing des bekannten national-deutschen Puppen-Theaters.

Was man aber unserer Seite in Aussicht nimmt, das muß man auch ernsthaft wollen, und es würde insbesondere und als konservativer Partei Abel anstehen, wüßten wir nichts weiter zu sagen oder zu thun, als gewissermaßen widerwillig hinter einer von uns nicht verstandenen Action der Regierung einherzugehen und demnächst die vollendeten Thatsachen zwar beifällig, aber doch mit dem Bemerken zu registriren, daß man dieselben allerdings eigentlich nicht gewollt.

Das Wort des Kaisers Napoleon, daß die „alten Parteien ein überwundener Standpunkt“ seien, hat auch außerhalb Frankreichs seine Wahrheit, und es gilt nicht minder für die inneren Verhältnisse der einzelnen Staaten, als für das Verhältniß der Staaten unter sich.

Es nügt um deswillen auch nicht, weder einen mißverstandenen Legimitäts- und Souveränitäts-Begriff galbanisiren, noch sich in die Idylle unwiederbringlich verlorenen patriarchalischer Zustände verfenken zu wollen.

Wer regieren will, der muß die thatsächlichen Zustände erkennen und ergreifen; der muß die lebendigen Mächte der Gegenwart sich dienstbar machen; der muß Hand anlegen, mit der anderweitigen Organisation der Masse Ernst und mindestens den Anfang zu machen; der darf die Arbeit nicht scheuen, den göttlichen Gedanken in der Geschichte des Tages zu studiren und daraus zu lernen, was unser Ziel und unsere Hoffnung sein soll.